

Rede von Willy Brandt: der Grundlagenvertrag (Bonn, 15. Februar 1973)

Quelle: Bundeskanzler Brandt zum Grundlagenvertrag / Willy Brandt.- Bonn: 15.02.1973. Bundesarchiv, Koblenz. - SON (00:42:42, Fotomontage, Originalton).
Bundesarchiv Koblenz, Potsdamer Straße 1, D-56075 Koblenz.

Urheberrecht: Transcription CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_der_grundlagenvertrag_bonn_15_februar_1973-de-2fb949c1-bfca-4ee4-985f-05bfebd93a49.html



Publication date: 04/07/2016

Rede von Willy Brandt: der Grundlagenvertrag (Bonn, 15. Februar 1973)

[Willy Brandt] Herr Präsident, meine Damen und Herren, in der ersten Erklärung vor diesem, dem siebten Deutschen Bundestag am 15. Dezember vergangenen Jahres hatte ich angekündigt, dass die Bundesregierung den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik noch vor Weihnachten unterzeichnen werde. Die Unterzeichnung erfolgte, wie Sie wissen, am 21. Dezember vergangenen Jahres.

In meiner Regierungserklärung vom 18. Januar habe ich dann hierauf Bezug genommen und gesagt, wir seien entschlossen, den Vertrag mit der DDR politisch und rechtlich konsequent durchzuführen und ihn im Interesse der Menschen in beiden Staaten auszufüllen. Dabei wies ich aus meiner Sicht der Dinge auch darauf hin, dass es sich um einen langen und steinigen Weg handeln werde.

Gleichwohl vertrat ich die Auffassung, dass für den Ausgleich in Europa zwischen Ost und West bessere Voraussetzungen geschaffen worden seien, und zwar mit den Verträgen von Moskau und Warschau, dem Berlin-Abkommen der vier Mächte, den dazu gehörenden Vereinbarungen auf der deutschen Ebene und eben dem Grundvertrag, oder wie andere ihn abkürzen, Grundlagenvertrag mit der DDR.

Dies, meine Damen und Herren, ist also aus der Sicht der Regierung die Beurteilung die man bei den hier anstehenden Gesetzen zugrunde legen sollte, und, Herr Präsident, wenn ich sage, bei den hier anstehenden Gesetzen, dann meine ich damit sowohl das eben durch Sie aufgerufene wie das andere, das den vorgeschlagenen Beitritt zu den Vereinten Nationen zum Gegenstand hat. Zu beiden Gesetzen, auch dem über den Beitritt also der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen, liegen schriftliche Begründungen vor, auf die ich mich beziehen kann. Vielleicht darf ich dies gleich hinzufügen. Die außenpolitischen und die deutschlandpolitischen Fragen, die uns in den vergangenen Jahren so oft beschäftigt haben, werden sicher noch lange im Streit der Meinungen stehen. Aber ihre Klärung wird ja nicht notwendigerweise durch die Länge der Debatten oder die Wiederholung von Diskussionsbeiträgen gefördert werden. Das Votum der Wähler ist ohnehin bekannt. Aber wir werden uns ja nach den Ausschussberatungen und vor der Schlussfassung hier im Plenum des Bundestages auch erneut auch noch einmal dazu äußern.

Bei allen Meinungsverschiedenheiten, meine Damen und Herren, ist im Übrigen, wenn ich es richtig verstanden habe, nicht umstritten gewesen, dass die einzelnen Stationen und Elemente unserer Ost-Westpolitik oder, wie ich auch sage, unserer Politik der aktiven Friedenssicherung, dass die einzelnen Stationen und Elemente dieser Politik im Zusammenhang miteinander gesehen werden müssen. Unser Verhältnis zur DDR kann gewiss nicht losgelöst von den Beziehungen mit den übrigen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes betrachtet werden. Ich möchte dazu, was die bilateralen Aspekte angeht, vier Feststellungen treffen.

Erstens, der Vertrag mit der UdSSR, den der vorige Bundestag gebilligt hat, der zeigt bereits seine positiven Auswirkungen, ohne dass er irgendjemanden benachteiligt. Die Beratungen der Wirtschaftskommission, die in diesen Tagen in Moskau geführt wurden, haben den Willen beider Seiten unterstrichen, realistisch, aber konsequent die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu entwickeln. Herr Kollege Friedrichs, der Bundeswirtschaftsminister, der gestern auch mit dem Vorsitzenden des Ministerrats, Herrn Kossygin zusammentraf, hat mich noch aus der sowjetischen Hauptstadt wissen lassen, dass er, der Bundeswirtschaftsminister, beträchtliche Möglichkeiten sieht, auf den Gebieten des Austausches und der Kooperation Fortschritte zu erzielen. Das war die eine Feststellung, die ich treffen wollte.

Die zweite ist folgende: Die Konsultationen auf hoher Beamtenebene, die Anfang dieses Monats in Warschau, in der Hauptstadt der Volksrepublik Polen, stattgefunden haben, weisen aus, dass beide Regierungen selbst über sehr schwierige und komplizierte Punkte sachlich und in großer Offenheit miteinander sprechen können. Das ist nicht alles, aber das ist etwas anderes als früher. Und dies lässt uns hoffen, meine Damen und Herren, dass im beiderseitigen Interesse Fortschritte erzielt werden können. Aus unserer Sicht behält die Familienzusammenführung dabei besondere Bedeutung.

(Applaus)

Drittens, mit Aufmerksamkeit haben wir Äußerungen aus Prag verfolgt, die das Verhältnis der ČSSR und der Bundesrepublik Deutschland betreffen. Nun ist bekannt, dass wir uns politisch und moralisch von der Politik, also der Hitlerschen Aggressionspolitik, distanzieren, die zum Münchner Abkommen geführt hat. Wir sind auch bereit, das Münchner Abkommen für ungültig zu erklären. Wir hoffen, und ich meine, bei gutem Willen auf beiden Seiten sollte dies möglich sein, dass eine gemeinsame Formulierung für diese Feststellung getroffen werden kann.

(Applaus)

Viertens ist bekannt – aber ich möchte es hier ausdrücklich unterstreichen –, dass die Bundesregierung seit geraumer Zeit daran interessiert ist, diplomatische Beziehungen auch mit Ungarn und Bulgarien aufzunehmen.

In der Regierungserklärung vom 18. Januar hatte ich nun auf die inzwischen eingeleitete multilaterale Phase der Ost-West-Beziehung hingewiesen. Lassen Sie mich hierzu drei weitere Feststellungen treffen. Erstens, das Abkommen der vier Mächte vom Frühsommer vergangenen Jahres hat für die Lage in und um Berlin eine fühlbare Entlastung gebracht. Schwierigkeiten im Einzelnen wollen wir nicht übersehen, auch nicht gering schätzen, aber sie sollten, so denke ich, uns nicht den Blick für die unvergleichlich verbesserte Gesamtsituation verbauen. Mit dem routinemäßigen Aufgreifen früherer Vorschläge und Erwägungen ist den neuen Problemen hier zumeist nicht beizukommen. (Applaus) Die Bundesregierung möchte jedenfalls dazu beitragen, dass das Berlinabkommen in jedem einzelnen seiner Punkte reibungslos funktioniert.

Zweitens: Die positive Einschätzung, die der Bundesaußenminister, der, wie Sie wissen, nicht dabei sein kann, sondern diese Debatte, wie ich annehme, am Fernsehschirm verfolgt und ich glaube, dass ich nicht fehlgehe wenn ich sage, dass wir ihm alle miteinander eine gute Besserung wünschen... (Applaus) Ich wollte sagen, die positive Einschätzung, die der Bundesaußenminister Ende Januar bei seinem Bericht über unsere Besprechungen in Paris auch über die Vorbereitungen auf die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa deutlich werden ließ, diese Einschätzung hat sich durch die inzwischen weitergeführten Vorverhandlungen bestätigt. Unsere Delegation in Helsinki war und ist aktiv und konstruktiv beteiligt. Wir halten es für möglich, dass die Konferenz der Außenminister im Sommer stattfindet.

Und drittens: Bei den anderen europäischen Entspannungsbemühungen, nämlich den Vorgesprächen über Fragen einer gleichmäßigen und ausgewogenen Reduzierung von Truppen, Vorgesprächen, die vor kurzem in Wien begonnen haben, zeigen sich, wen überrascht es eigentlich, von Anfang an die großen Schwierigkeiten dieser Materie. Wir sind in engem Kontakt mit den Beteiligten, insbesondere den Vereinigten Staaten, entschlossen, diese Gespräche zu fördern und wir hoffen, dass durch die beiden Konferenzen mehr Sicherheit und bessere Zusammenarbeit in Europa erreicht werden kann. Meine Damen und Herren, ich habe auf diese Faktoren hinweisen wollen, weil der Vertrag mit der DDR meines Erachtens nicht isoliert beurteilt werden kann.

(Applaus)

Selbstverständlich gibt es eine ausgesprochen nationale Dimension dieses Problems und damit des Vertrages, dessen Beratung ich hier einleite. Aber wir haben es eben auch mit jener anderen Dimension zu tun, die sich daraus ergibt, dass die Supermächte, ebenso wie die Staaten Europas, den Kalten Krieg hinter sich gelassen haben. Und nun stellt sich die Frage, meine Damen und Herren: War und ist eine Entspannung in Europa organisierbar, ohne dass die beiden deutschen Staaten, was immer sie voneinander halten und was andere von ihnen halten, ohne dass die beiden deutschen Staaten ihren Beitrag dazu leisten? Ich meine die Antwort ist Nein. Die Deutschen, dieses war und ist meine feste Überzeugung seit Jahren, die Deutschen wären, wir Deutschen wären mit einem Hauptstrom des weltpolitischen Geschehens in Konflikt geraten, hätten sie sich, hätten wir uns in einem Europa, das trotz aller weiter bestehenden Differenzen auf Kooperation aus ist, als Inseln oder auf Inseln einer erstarrten Feindseligkeit etablieren wollen.

(Applaus)

Meine Damen und Herren, Entspannung in Europa ist ohne Mitwirkung der beiden deutschen Staaten nicht möglich; sie ist zumal ohne aktive Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich, es sei denn um den Preis der Zerstörung der freundschaftlichen Bindungen zu unseren Partnern und Verbündeten im Westen. Dies kann nicht deutlich genug gesagt werden. Unsere Politik, wie sie auch im Vertrag vom 21. Dezember 1972 ihren Niederschlag findet, entspricht einer der Grundentscheidungen in der Nachkriegsgeschichte, an die keine der Weltmächte rührt, nämlich von dem auszugehen, was der Zweite Weltkrieg, der Krieg Hitlers und des Dritten Reiches, an veränderter europäischer Landkarte hinterlassen hat. (Applaus) Das heißt aber, ob es uns gefällt oder nicht, dass gegenwärtig alle entscheidenden und auf uns einwirkenden Faktoren von der Teilung Deutschlands und davon ausgehen, dass aus Demarkationslinien Staatsgrenzen geworden sind.

Nun kann man gewiss, meine Damen und Herren, auch im Jahre 1973 geltend machen, dass es 1953 oder zu einem anderen Zeitpunkt nach 1945 richtig gewesen wäre, dem deutschen Volk das Recht einzuräumen, über seine staatliche Einheit zu entscheiden, und ihm auf diese Weise die Möglichkeit zu geben, in seiner Gesamtheit für den Frieden und die Wohlfahrt Europas sich zu engagieren. Ich würde einem solchen Hinweis ja schon deshalb nicht widersprechen und widersprechen können, weil ich dies selbst aus guter Überzeugung vertreten habe, und ich verschweige das nicht, und ich schäme mich dessen nicht. Aber ob etwas richtig ist oder nicht, ob etwas richtig wird oder bleibt, darüber wird in der Politik, zumal in der internationalen Politik, bekanntlich nicht auf Grund von abstrakten Kategorien entschieden. Das tatsächliche Geschehen, der historische Prozess, beeinflusst und verändert die politischen Positionen, auch die Meinungen darüber, meine Damen und Herren, was politisch für richtig gehalten wird. Tatsache ist heute, dass es keinen kurzen Weg zur deutschen Einheit gibt und dass wir Deutschen uns aus unseren europäischen Abhängigkeiten nicht lösen können, es wohl, was uns hier im Konkreten angeht, auch nicht mehr wollen.

Meine Damen und Herren, der Vertrag, der ihnen heute vorliegt – und das wissen die Partner –, der soll nicht einem solchen Zustand des Friedens in Europa im Wege stehen, in dem auch die Deutschen in ihrer Gesamtheit frei darüber befinden könnten, wie sie ihr Zusammenleben organisiert sehen wollen. Im Gegenteil, der Vertrag soll, wenn es geht, wenn es irgend geht, ein weiteres Auseinandergleiten, ein weiteres Auseinanderleben unserer Nation verhindern helfen. Er soll die Kommunikation zwischen den Menschen in Deutschland erleichtern und verbessern helfen, und er soll in unserem Verständnis sicherstellen, dass Willen und Bewusstsein der Zusammengehörigkeit als Voraussetzung für den Fortbestand der Nation nicht verloren gehen.

(Applaus)

Ohne dass dies eine gemeinsame Zielsetzung der Vertragspartner genannt werden darf, darf man sagen, der Vertrag soll und wird unserer Überzeugung nach den Menschen in Deutschland und dem Frieden in Europa zu Gute kommen. Er ist zwischen Gleichberechtigten ausgehandelt worden, anders hätte er nicht zustande kommen können. Und er hat weder der einen noch der anderen Seite zur Durchsetzung von Maximalpositionen verholfen. Selbstverständlich konnte es sich nur um einen Kompromiss handeln. Wenn ich dies nicht für einen tragbaren Kompromiss hielte, würde ich den Vertrag nicht vertreten.

Meine Damen und Herren, ganz gewiss entlässt uns dieser Vertrag nicht aus der Frage, was aus der deutschen Nation werden soll. Durch den Text ist immerhin festgestellt, dass es sie gibt, beides, die Frage und die Nation. Eine gemeinsame Antwort hat mit der DDR nicht gefunden werden können. Das dürfte nicht überraschen und wird in aller Offenheit klargelegt. Daraus den Schluss zu ziehen, hier würde, wie ich es gelesen habe, die Teilung besiegelt, führt jedoch am tatsächlichen Sachverhalt vorbei. Und, meine Damen und Herren, es bedeutet nicht, von der bedrückenden Realität einer Teilung abzulenken, die nun schon über fünfundzwanzig Jahre andauert, wenn man fragt: Hat die Nation nicht in ihrer Geschichte weitaus länger Frontlinien überdeckt, die Deutschland durchschnitten, als dass sie innerhalb gemeinsamer Grenzen lebte? Existierte sie nicht über Jahrhunderte in der Mitte dieses Kontinents in Übergängen und Fragmenten und blieb doch oder wurde doch wieder Nation? Manche haben auch hier im Bundestag die Geschichtslosigkeit

der Deutschen oder von Deutschen beklagt und sie haben dem Geschichtsbewusstsein anderer Völker vergleichbar gute Noten ausgestellt. Ich will dazu heute nur sagen: Aus unserer Geschichte Lehren zu ziehen, heißt meiner Meinung nach auch zu erkennen und die Zuversicht zu hegen, dass ein Grundvertrag mit der DDR die Geschichte der Nation nicht abschneidet. Er eröffnet ihr, der Nation, im Gegenteil, ohne dass wir uns in die Tasche lügen, neue wenn auch begrenzte Möglichkeiten, nachdem die Jahrzehnte der bloßen Feindseligkeit ohne jeden Zweifel nationale Substanz zerstört haben.

(Applaus)

Im Übrigen, erst gestern Nachmittag war hier in anderer Verbindung davon die Rede; im Übrigen, so will ich sagen, hat uns unser Weg in die Europäische Gemeinschaft geführt, die nach unserem Willen und dem unserer Partner noch in diesem Jahrzehnt zur Europäischen Union werden soll. Da hilft es nun aber nichts, wenn man das nicht nur sagt, sondern auch meint, wenn man es will, dann hilft es nicht, den Kopf in den Sand zu stecken, statt gleich hinzuzufügen: Die DDR ist mit ihrer Staatsordnung, mit ihrem Gesellschaftssystem fest eingegliedert worden in das Bündnissystem osteuropäischer Staaten. Und es entspricht nicht deutschem Hochmut, wenn ich ergänzend darauf hinweise, dass der andere deutsche Staat sowohl im RGW, „Comecon“ pflegt man bei uns im Westen zu sagen, wie im Warschauer Pakt eine wichtige Rolle spielt.

Meine Damen und Herren, was aus Deutschland wird, aus dem Verhältnis zwischen den Staaten in Deutschland, zwischen den Teilen des deutschen Volkes, das hängt in hohem Maße ab – und ich sage das hier nicht zum ersten Mal – vom künftigen Verhältnis zwischen den Teilen Europas. Und deshalb können wir Deutsche es nur begrüßen, wenn Brücken gebaut werden von einem Teil Europas zum andern. Zwischen den Staaten, vielleicht sogar zwischen Bündnissen, jedenfalls zu Gunsten der Menschen und des Friedens. Deshalb auch mein einleitender Hinweis hier heute auf die bilateralen und multilateralen Aspekte der Entspannungspolitik.

Meine Damen und Herren, Abbau von Spannungen, aktive Friedenssicherungen, vollzieht sich auf zahlreichen Ebenen, und diese Ebenen sind miteinander verbunden, ineinander verzahnt. Der von den spezifischen Bedingungen ausgehende und ihnen Rechnung tragende Vertrag mit der DDR stellt in diesem Geflecht der Verhandlungen, Vereinbarungen und Verträge einen wichtigen Faktor da, der durch andere nicht zu ersetzen war und ist.

Es gab, meine Damen und Herren, Zeiten, da viele befürchteten, es würde wegen Deutschland einen dritten Weltkrieg geben können. Nun, der Moskauer und der Warschauer Vertrag, das Berlin-Abkommen der vier Mächte, die deutschen Zusatzvereinbarungen, und jetzt der Grundvertrag wollen, das gesamte Vertragswerk will, verhindern, dass der Frieden in Europa noch einmal wegen Deutschland und von deutschem Boden aus gefährdet wird.

Aber, meine Damen und Herren, ich kann nicht wissen, und wer hier wollte sicher sein, wie es im Einzelnen um die Zukunft der deutschen Frage steht. Aber ich hoffe, die Welt wird in unseren Antworten auf die deutschen Fragen – und ich verwende bewusst den Plural – die Welt wird in unseren Antworten auf die deutschen Fragen dieser Jahre Einsicht, guten Willen und Fortschritte in Richtung auf Europa erkennen können. Hier in Deutschland, im Nebeneinander und erwünschten Miteinander, wird sich der Frieden bewähren müssen. Hier kann er immer noch gestört, hier könnte er schlimmstenfalls immer noch zerstört werden. Deshalb, ohne Pathos, aber in allem Ernst, das Versprechen des Gewaltverzichts nehmen wir ganz wörtlich, ohne jedes Wenn und Aber.

(Applaus)

Und nun lassen Sie mich, meine Damen und Herren, auch bei dieser Gelegenheit hier heute Vormittag vor Wunschvorstellungen warnen, die keine Verankerung in den wirklichen Gegebenheiten haben. Ich habe gesagt, vorigen Monat und auch heute, der Weg sei lang und er sei steinig. Und wenn ich im vorigen Monat davon sprach, wir wollten einen Zustand erreichen, in dem nicht mehr geschossen wird, so ist auch ein solcher Zustand leider nicht von heute auf morgen zu erreichen. Auf der anderen Seite: Wenn in einigen

Wochen der angekündigte Bericht über die Entwicklung der Beziehungen zur DDR vorliegt, dann mag manchen in unserem Volk erst klar werden, auf wie vielen Gebieten und zu Gunsten wie vieler einzelner Menschen sich doch eine etwas positivere Entwicklung zu vollziehen beginnt. Und dies, was man ja auch nicht übersehen sollte, obwohl der Grundvertrag noch nicht in Kraft ist. Es ist ja, lassen Sie mich dies hinzufügen, durchaus nicht überzeugend, wenn einige die den Vertrag besonders heftig kritisieren, gleichzeitig beklagen, dass die von ihm zu erwartenden Wirkungen noch nicht festzustellen seien.

(Applaus)

Den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands, der DDR, möchte ich wünschen, dass sie jenes Maß an Sachlichkeit gewinnen, das ihnen den Verzicht auf Kleinlichkeiten und Schikanen erlaubt.

(Applaus)

Wie sonst übrigens könnten sie hoffen, in der Welt die angesehene Rolle zu spielen, die sie sich vorgenommen haben? Die Ostverhandlungen mit der DDR, die einige Wochen unterbrochen waren, werden heute in Bonn weitergeführt. Zum Vertragswerk selbst gehört der inzwischen in Kraft getretene Briefwechsel über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten. In den vor kurzem begonnenen Gesprächen von Regierungsvertretern geht es darum, die Rahmenvereinbarung im Einzelnen auszufüllen. Die Bundesregierung hat sämtliche Vorbereitungen getroffen. Ich unterstreiche: Vorbereitungen ... Die Bundesregierung hat sämtliche Vorbereitungen getroffen, um den Korrespondenten aus der DDR jene Arbeitsmöglichkeiten zu gewährleisten, wie sie allen Journalisten hier zur Verfügung stehen. Die DDR hat begonnen, die Anträge unserer Journalisten auf Zulassung in Ostberlin zu beantworten. Ich gehe davon aus, dass nach dem etwas zögerlichen Beginn auf beiden Seiten ...

Meine Damen und Herren, ich würde, wenn ich auf eine solche Serie von Misserfolgen in der Deutschlandpolitik zurückblicken müsste wie Sie, dann würde ich im Augenblick den Mund halten.

(Applaus)

Ich gehe davon aus, dass nach dem etwas zögerlichen Beginn ... Sie dürfen sich nicht wundern, nachdem Sie hier eine Viertelstunde lang rummosern, wenn Ihnen mal jemand die Wahrheit sagt. Wir arbeiten uns mühsam heraus aus Positionen, von denen wir alle miteinander bedauern müssten, dass sie so negative Positionen geworden waren. (Applaus)

Deshalb sage ich noch einmal, ich gehe davon aus, dass nach dem etwas zögerlichen Beginn auf beiden Seiten den berechtigten journalistischen Erwartungen Rechnung getragen werden wird.

Meine Damen und Herren, bei uns in der Bundesrepublik stößt man nun nicht selten auf die Sorge, dass unsere offene Gesellschaft durch mehr Austausch und Kontakt mit dem – wie man sagt – „Osten“ Schaden leiden könnte, dass sie – wie man sagt – dem ideologischen Wettbewerb mit dem Kommunismus nicht gewachsen sei. Ich meine in allem Ernst, dies ist ein Mangel an Selbstsicherheit. Ein Mangel an Selbstsicherheit, der meiner Überzeugung nach nicht angebracht ist. Und ich will hier mit Nachdruck feststellen: Unsere Demokratie, unsere politische und gesellschaftliche Ordnung ist stark genug um den Wettbewerb zu bestehen und auch mit der Kritik extremer Gruppen, die die DDR bekanntlich nicht aussparen, fertig zu werden. Der weitere zielstrebige Ausbau des sozialen Rechtsstaates, die Vertiefung und die Verteidigung unserer freiheitlichen Demokratie – das ist der Weg, von dem wir uns nicht abbringen lassen dürfen.

Meine Damen und Herren, unsere politische-gesellschaftliche Ordnung und die der DDR sind miteinander natürlich nicht zu vereinbaren. Sie lassen sich nicht auf einen Nenner bringen und dennoch gibt es, so wie zum Beispiel sogar zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, gemeinsame Interessen und auch Möglichkeiten der Begegnung, des Austausches, der jedenfalls partiellen Zusammenarbeit. Dabei muss man den Mut haben, sich dem gegenseitigen Einfluss auszusetzen. Wer sich das nicht zutraut, braucht eigentlich über die Nation nicht mehr viel zu reden. Es geht, ich muss das hier immer wieder betonen, um friedenssichernde Aufgaben diesseits des Feldes, auf dem erst noch über die Einheit der Nation entschieden wird. Unter den zwanzig Punkten, die ich im Mai 1970 dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR bei der Begegnung in Kassel übergab, stand als letzter die Aufnahme beider Staaten in die Vereinten Nationen. Heute liegt diesem Hause der Entwurf des Gesetzes zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland vor.

Meine Damen und Herren, im Grunde war es ja kein normaler Zustand, dass wir zwar seit vielen Jahren in den Sonderorganisationen der UN Mitglied waren, für sie beträchtliche Mittel aufwendeten und in vielerlei Hinsicht zu ihrer Arbeit beitrugen, zugleich aber wegen der ungeklärten Lage in Deutschland, wegen des unregelmäßigen Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten, nicht ordentliches Mitglied der UN-Organisation werden konnten. Die Politik, für die wir uns 1969 entschieden und die wir seitdem entwickelt haben, gibt uns nun auch in diesem Bereich Handlungsfreiheit. Die Bundesrepublik Deutschland wird künftig ihre Stimme auch in der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Geltung bringen können, wenn dort weltweite politische, wirtschaftliche, kulturelle Probleme in offener Aussprache zu behandeln sind. Die Tatsache, dass unsere Politik des Ausgleichs und der Versöhnung in den Vereinten Nationen nachhaltige Anerkennung gefunden hat, wird uns die Mitarbeit erleichtern. Auf der anderen Seite steht die Notwendigkeit, auch hier dem Wettbewerb mit der DDR nicht auszuweichen. An den Verantwortlichkeiten und Pflichten, die die vier Mächte übernommen und in Verbindung mit diesem Vorgang bestätigt haben, ändert sich nichts.

Meine Damen und Herren, aktive Friedenssicherung und wirklicher Interessensausgleich zählen zu den bedeutendsten und zugleich schwersten Aufgaben dieser Zeit. Sie müssen durch eine ständig intensiviertere Zusammenarbeit aller oder möglichst vieler Staaten bewältigt werden. Das erfordert gemeinsame Anstrengungen, nicht zuletzt auch im Verhältnis zu den reichen und den armen Ländern. Bei diesem Werk, das sich zunehmend der Instrumente der Vereinten Nationen bedient, soll es an unseren Anstrengungen nicht fehlen. Die Gesetze, die dem Hause zur Ratifizierung vorliegen, sollen aus der Sicht und nach der Überzeugung der Bundesregierung den Willen der Bundesrepublik Deutschland unterstreichen, nicht nur zur momentanen Friedenssicherung, sondern zu einer Epoche guter Nachbarschaft beizutragen, weltweit, in Europa, auch im Verhältnis beider deutschen Staaten zueinander. Der Titel „Ostpolitik“ wird, ich betonte es schon früher, diesem Kapitel unserer friedensbewahrenden Arbeit und unserer diplomatischen Aktivitäten nicht ganz gerecht, denn sie sind ihrer Natur, ja ihren Ursprüngen nach zugleich Westpolitik.

Unsere Politik, meine Damen und Herren, hat die Allianz, in der unsere Sicherheit verankert ist, nicht gelockert, sondern gefestigt, weil unsere deutschen Interessen in die unserer Alliierten einmünden. Der Abschluss der Verträge von Moskau und Warschau, das Viermächteabkommen über Berlin und der Grundvertrag haben die Übereinstimmung im Bündnis gestärkt. Die Europäische Gemeinschaft hat diese Politik als Ermutigung aufgenommen. Es haben sich daraus sogar Impulse für die Arbeit an der Europäischen Union ergeben, nämlich für die Erprobung einer westeuropäischen Außenpolitik. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren die beiden vorliegenden Gesetze durch die Ausschüsse prüfen zu lassen, um dann die fällige politische Entscheidung zu treffen.